

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38 40. Jahrg.

23. Septbr. 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Rosinger, Berlin N 24, Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Lipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft. **Zuschriften an die Expedition erbeten.** Postverlagort Schkeuditz.

Arbeiterschaft und Staat.

Die Stellung zum Staat ist für die proletarische Bewegung das Problem, dessen Lösung bis jetzt die größten Auseinandersetzungen herausgefordert hat. Der schon lange Jahre währende Streit der Parteirichtungen, der ungeheure Mengen Kraft und Kampfesmut verschlungen hat, und die von einem Lager ins andere geschleuderten Gehässigkeiten, bilden den Beweis, wie tragisch das Staatsproblem für die Arbeiterbewegung geworden ist. Gleichzeitig mahnt uns die Vergangenheit, deren Fäden allerdings noch in die Gegenwart lebendig hineinragen, daß im Interesse der zukünftigen Stößkraft eine Stellung zum Staate, insbesondere zur Eroberung der politischen Macht, gefunden werden muß, die in sich die größte Möglichkeit einer Wiedervereinigung der gespaltenen Arbeiterbewegung birgt.

Während über den Weg zur Umgestaltung der Wirtschaft keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen — die Wirtschaftskämpfe werden auf einer fast einheitlichen Linie geführt —, finden wir in der Stellung zum Staate zahllose Ansichten, die teils in leichten Schattierungen sich trennen, teils scheinbar sich unversöhnlich gegenüber stehen. Als Extreme sehen wir in der Eroberung der politischen Macht einerseits das langsame, friedliche Hineinwachsen in den Zukunftsstaat, und andererseits die mit organisierter Gewalt eroberte politische Macht. Zum Staate selbst finden wir staatsbejahende und staatsverneinende Elemente. Der Ansicht, daß die demokratische Republik schon durch ihre bloße Existenz die Gewähr einer Lösung der sozialen Frage bietet, steht die andere Ansicht gegenüber, daß nur eine im gewaltsamen Kampfe eroberte Macht, deren Krönung die Diktatur des Proletariats bildet, den Weg ebnet, eine Umgestaltung der Gesellschaft vorzunehmen.

Auf die Dauer kann die moderne Arbeiterbewegung nicht in einem solchen „Nebeneinander“ erfolgreiche Kämpfe um die politische Macht führen.

In einer Grundfrage ist wenigstens eine einheitliche Einstellung zu konstatieren, und zwar dahingehend, daß die politische Macht erobert werden muß; denn die Lehre hat das Proletariat begriffen, daß eine ökonomische Emanzipation nur das Werk der unterdrückten Klasse selbst sein kann. Dies zu verwirklichen, ermöglicht erst ein Staat, in dem die Majorität eine „Expropriation der Expropriateure“ unterstützt. An dieser Grundthese wird es für keinen klassenbewußten Proletarier etwas zu rütteln geben. Sie ist ein Kernpunkt der Marx'schen Staatsauffassung, und immer wieder müssen wir versuchen, trotz allen Irrungen, auch einen einheitlichen Weg zu finden, um diese Theorie im Kampfe zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Marxismus bildet, trotzdem seine Theorien schon vor über siebenzig Jahren entstanden sind, heute fester denn je die theoretische Grundlage der modernen Arbeiterbewegung. Die Gegenwart zeigt, daß der Marxismus für das Proletariat nicht mehr eine kalte, schwerverständliche Theorie ist, sondern immer mehr zum lebendigen Inhalt proletarischen Denkens und Fühlens wird. Gerade der ältere Teil der Jugend hat, durch die Not der Kriegs- und Nachkriegszeit, über freigeistige Natur- und Gemeinschaftsschwärmerei den Weg zum Marxismus gefunden, aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung die Möglichkeit gibt, die schönen Jugendträume real werden zu lassen.

Was sagt nun die Marx'sche Staatsauffassung? Vorausgeschickt sei, daß Marx und Engels den Staat in ihren Betrachtungen von der soziologischen Seite aus bewerten. Es kann in der Untersuchung also nicht die Rede davon sein, was der Staat rechtlich ist, daß er eine Funktion zur Regelung der gesellschaftlichen Beziehungen ist, und deshalb noch in einer klassenlosen Gesellschaft seine Existenzberechtigung habe. Daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Sachen verwaltet werden müssen, daß die Beziehungen der Menschen ihrer Regelung bedürfen, darüber sind sich auch unsere Meister einig. Nur können sie dieses nicht Staat nennen, da sich aus ihren Forschungen das Resultat ergab, daß die Grundfunktion des

Staates bisher immer in der Unterdrückung einer Gesellschaftsschicht lag. Der Staat ist unter diesem Gesichtspunkte gesehen ein Herrschaftsinstrument einer Klasse zur Unterdrückung und Ausbeutung einer anderen; woraus der logische Schluß gezogen wird, daß mit der Beseitigung der Klassegegensätze, die der Sozialismus anstrebt, der Staat seiner Funktion ledig wird. Er braucht nicht durch irgendwelche Aktionen beseitigt werden, sondern „stirbt ab“, wie Engels in seinen diesbezüglichen Äußerungen sagt.

Der Staat bleibt so lange bestehen, bis das Proletariat seine historische Funktion, die Aufhebung der Klassen beendet hat, und kann, so folgert Marx, in der Zeit zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft nur die Form einer proletarischen Diktatur (Klassenherrschaft) sein. Getragen ist diese These von der Feststellung, daß eine abgewirtschaftete Klasse nicht freiwillig das Feld räumt, sondern erst durch den Druck einer aufkommenden Klasse gezwungen werden muß. Sind dann die wirtschaftlichen Grundlagen der kapitalistischen Klassenherrschaft beseitigt, so schwindet der proletarische Übergangstaat in das Reich der Geschichte.

Diese Erkenntnis muß trotz aller Bejahung der demokratischen Republik, in der wir heute leben, in den Köpfen der Arbeiterschaft lebendig bleiben. Wohl wissen wir, was uns die bestehende Staatsform gegenüber dem monarchistischen Militärstaat wert ist. Gelernt haben wir die Verfassung der Republik, trotz des Kompromisses einiger Parteien, als achtungswertes Werk zu schützen, da sie die Grundlage bildet zu einer weitgehenden Sozialpolitik. Die Arbeiter selbst hat noch in keinem Augenblick in der Geschichte der jungen Republik verzagt, wenn es galt, mit ganzer Kraft die neue Staatsform gegen alle Anstürme zu verteidigen. Ja, nur das Proletariat hat das Recht, sich als die wirklichen ernsthaften Beschützer der Republik zu bezeichnen. Der letzte Verfassungstag hat durch die wichtigen Kundgebungen des Reichsbanners, und mit ihm der organisierten Arbeiterschaft, allen Feinden und Freunden den Beweis geliefert, daß die deutsche Republik ein festes Fundament hat. Fast neun Jahre demokratische Republik sind unter diesen Umständen Tatsache dafür, daß auch für die nächste Zukunft kommenden Ereignissen standgehalten wird.

Was ändert das aber alles daran, daß das Proletariat immer die Faust in der Tasche haben muß? Die demokratische Republik hat uns politische Rechte gegeben, vor allen Dingen die politische Gleichheit. Das ist die größte Errungenschaft seit den Tagen des Umsturzes. Wie aber sieht es mit der sozialen Seite des Problems aus? Kann die politische Demokratie die Klassegegensätze beseitigen, die doch die Grundlage der gesamten kapitalistischen Ausbeutung bilden?

Dieses sind Kernfragen, welche immer wieder an uns heranreten, wenn wir uns intensiv mit diesem Problem auseinandersetzen wollen.

Reif zur Erwägung sind die Fragen der Eroberung und Ausnutzung der politischen Macht bisher in Zeiten schwerer politischer und wirtschaftlicher Spannungen gewesen. Für den Demokraten wird das Problem ernsthaft in dem weltgeschichtlichen Augenblicke, in dem die immer wachsende Zahl der klassenbewußten Arbeiter zur Mehrheit geworden ist, die durch das gleiche Wahlrecht ihren Willen zum Sozialismus kundgeben.

Für die österreichische Sozialdemokratie ist diese Frage eine schon immer näherrückende. Die letzten Wahlen zeigen uns, daß 43 Proz. der Gesamtbevölkerung sozialdemokratisch gewählt haben, eine Erscheinung, die zur ersten Stellungnahme der nächsten Aufgaben zwingt. Die wichtigste und auch die schwierigste Aufgabe, die den österreichischen Genossen in den nächsten Jahren gestellt ist, ist sicherlich die Ausübung der politischen Macht.

Wer die Ausführungen von Bauer sowie anderer Redner auf dem Linzer Parteitag der österreichischen SPD, verfolgt, wird den Ernst und die Sachlichkeit herausfühlen, mit der dort nach Klarheit gerungen wurde. Die österreichische Arbeiterschaft braucht sich dieses Resultates nicht zu schämen; mit Stolz kann sie in ihrer Geschichte auf diese Tagung zurückblicken. Man könnte wohl einwenden, daß dieses Land nur ein kleiner, welt-

politisch nicht bedeutender Staat ist, was aber nichts daran ändern kann, daß die österreichische Arbeiterschaft wahrscheinlich als erste vor dem geschichtlichen Augenblick steht, auf demokratischem Wege die politische Macht zu erobern. Deshalb können die Ergebnisse von Linz nicht nur Bedeutung für das kleine Österreich haben, sondern die gesamte Internationale des auf demokratischen Boden stehenden Proletariats muß in dieser Form seine Stellung zum Staate einnehmen.

Die moderne Arbeiterbewegung, der noch der letzte Krieg mit all seinen Schrecken und Greueln lebendig im Gedächtnis steht, ist aus ganzer Überzeugung Gegner eines jeden Krieges; auch des Bürgerkrieges. Die Gewalt zu propagieren heißt nichts anderes, als den Bürgerkrieg zu wollen. Wer aber aus der Geschichte gelernt hat, welche ungeheuren Schäden der Wirtschaftsprozeß durch solche Störungen erleidet, wird nicht leichtfertig die Gewalt fordern. Zur Wiederbelebung des zerrütteten Wirtschaftslebens würden solche Kräfte und Kosten erforderlich sein, daß selbst im Falle eines proletarischen Sieges eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter für lange Zeit in Frage gestellt ist.

Diese Gefahr steht uns vor Augen, und unser Streben muß darauf gerichtet sein, mit allen Kräften diese Schwierigkeiten zu überwinden. Deshalb ist auch der größte Teil des organisierten Proletariats demokratisch gesinnt, und wählt prinzipiell den friedlichen Weg im Vertrauen auf die geistigen Kräfte. Erst wenn unsere Gegner dieser Taktik Hemmungen entgegenstellen, ist für uns der Zwang gegeben, mit anderen Mitteln den Kampf zu führen. Dieser Moment kann nur eintreten, wenn die besitzende Klasse offen undemokratisch wird, d. h. die politische Macht der zur Mehrheit gewordenen Arbeiterschaft nicht anerkennt. In diesem Falle wird das Kapital mit faschistischen oder sonstigen reaktionären Umstürzen versuchen die Form der Demokratie zu sprengen, um an ihre Stelle die Diktatur der bisher vorherrschenden Klasse zu errichten. Wir müssen unserem Gegner immer mitbrauen, und darauf gewappnet sein, daß er nur ein Bestreben hat: Seine im Schwinden begriffene Macht zu erhalten. Werden wir angegriffen, so gibt es nur eines, die Republik, die dann ganz die unsrige geworden ist, mit den Mitteln der Gewalt zu verteidigen.

Wohl ist diese Formulierung nicht erst das Produkt der Gegenwart. Schon Bebel sprach noch zu Lebzeiten diese Gedanken aus (Unsere Ziele). Aber die letzten Jahre mit der plötzlich veränderten Stellung zum Staate, die der Umsturz mit sich brachte, gefährdete diese Einstellung. Die größte Gefahr für das Proletariat ist das Hinleben in dem Glauben, daß mit der Erringung der politischen Demokratie die Voraussetzungen zu einer ruhigen und hemmungslosen Entwicklung zum Sozialismus geschaffen seien. Auch wenn die Feinde der Republik wirklich beseitigt sind, und für die nächste Zeit keine Gefahr mehr droht, ist für uns noch immer kein Recht zur Ruhe. Überlassen wir das schön unseren Republikanern im Zentrum und den bürgerlichen Demokraten, sie mögen sich auf den Lorbeer ausruhen. Für das Proletariat beginnt jetzt erst die wirkliche Arbeit. Die politische Macht ist zu erobern, und immer mehr zu festigen. Reorganisation des gesamten Staatsapparates durch Besetzung hoher, verantwortlicher Stellen mit überzeugten Republikanern, und endliche Beseitigung monarchistischer Reliquien sei der Beginn. In Preußen hat der Innenminister Severing in diesem Sinne die Republik gefestigt. Ist alles getan, so sind dieses doch Werke, die in erster Linie politischen Charakter tragen. Die wirtschaftliche Seite, als die schwierigste des Problems, ist dabei immer noch nicht ernstlich berührt worden. Der Kapitalist läßt alles über sich ergehen, nur keinen Angriff auf die Höhe seiner beliebten Profiteure. Er findet sich immer mehr mit Schwarz-Rot-Gold ab, vielleicht könnte er auch die rote Fahne ertragen, solange sie nur politisches Symbol ist. Aber wenn es an den Geldbeutel gehen soll, hört alle Freundschaft auf. Die einst heilig gewesene Demokratie wird dem Kapital wertlos, da sie keine Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausbeutung bietet. Heilig wird das, was die Macht erhalten könnte. Kein Mittel wird schmutzig genug sein, um sich vor der Anwendung

zu scheuen, denn es geht um alles. Könnte das Proletariat seine Macht ausüben, so hätte die letzte Stunde kapitalistischer Ausbeutung geschlagen. Durch schärfste Diktatur wird man die Organisationen der Arbeiterschaft so zermürben, daß ihr für die nächstfolgende Zeit jede Kraft zur Umgestaltung der Gesellschaft genommen ist.

Ohne mit unserer bejahenden Stellung zur demokratischen Republik in Konflikt zu kommen, können wir die Dinge sich so entwickeln sehen. Unsere ernste Pflicht ist es, die Dinge so zu sehen wie sie sind, und nicht so, wie wir sie gerne sehen möchten. Wir laufen in eine ungeheure Gefahr hinein wenn wir ruhig dem Tage entgegensehen, der uns die politische Macht gibt. Was unternehmen wir gegen einen zu erwartenden Überfall unserer Gegner? Sicherlich wollen wir uns nicht ihrer Macht beugen, sondern wehren! Deshalb keine Blindheit, sondern Erziehung zum Bewußtsein, daß wir zu einem bestimmten Zeitpunkt an der Stelle angelangt sind, wo nur noch mit den Mitteln der Gewalt die demokratische Republik und damit die politische Macht der Arbeiterschaft verteidigt werden kann. Die Klassenherrschaft muß mit Gewalt die Gegner niederhalten, ohne dabei die Staatsform zu beeinträchtigen. Je lebendiger im Proletariat die Überzeugung wurzelt, daß die Gewalt als gesellschaftliches Kampfmittel noch nicht dem Vergangenen angehört, und der Tag einer Anwendung kommen kann, je mehr ist allein durch die Tatsache des Gerüstetseins dieser Gefahr entgegengetreten. Den wehrlosen Riesen Proletariat wird man leicht überwältigen. Ob es aber gewagt wird, einem wachenden, der drohenden Gewalt mutig gegenüberstehenden Arbeiterheer den Bürgerkrieg anzusagen, dürfte dem geschichtlichen Augenblick überlassen bleiben. Um eine Gewalt schon möglichst im Keime zu ersticken, ein Gewappnetsein auf die Gewalt.

Sollte die Republik unter diesen Umständen zu verteidigen sein, so ist sicherlich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dazu berufen, da in ihm zu solchen Zwecken sich große Teile der Arbeiterschaft organisiert haben. Gerade die Existenz dieses demokratischen Bollwerkes hat wesentlich dazu beigetragen, daß die noch lebenden Vertreter versunkener Zeiten ihre Restaurationsträume immer mehr vergessen, und sie nur noch in ihren schwarz-weiß-rot umrahmten Tagebüchern zu heilen Taten aufflammen lassen. Oder einige üble Filme zeugen gelegentlich noch einmal von vergangener Pracht, und geben manchem Spießbürger für einige dunkle Stunden Nahrung, zu einer stillen Sehnsucht. Aber im Ernste glaubt heute kein vernünftiger Mensch solche Märchen. Das Kapital hat sich zunächst mit dem Zustand abgefunden, und damit ist dieser Gesellschaft die Unterstützung zum größten Teile entzogen.

Bietet aber das Reichsbanner in seiner Zusammensetzung die Gewähr, daß es in einem Kampfe um die Erhaltung der Republik zugunsten der ausgebeuteten Klasse ebenfalls als eine geschlossene Schutzorganisation dasteht? Oder ist ein Konflikt nicht aus dem Gegensatz der Parteien gegeben, da doch trotz dem demokratischen Prinzip tiefe Gegensätze in den wirtschaftlichen Zielen vorhanden sind. Zentrum und Demokraten sind wohl demokratisch, aber noch lange nicht sozialistisch, was für uns sehr wesentlich ist. Auch hier dürfen wir annehmen, daß die Führung dieser Parteien den Kampf nicht unterstützt, und somit der Arbeiterschaft allein die Aufgabe zufällt. Um den Sieg zu erringen, gilt es der alten Erkenntnis folgend, weite Kreise für den Sozialismus zu gewinnen. Unsere Agitation muß die verarmten Schichten des Mittelstandes auftrifft. Im besonderen müssen wir die im Reichsbanner organisierten Arbeiter anderer Parteien so erziehen, daß sie gewillt sind, die Republik unter den besagten Umständen mit zu verteidigen. Ihre kapitalistischen Führer können dann ruhig versuchen abzupfeifen, die Arbeiter werden dann Rufe keine Folge leisten.

Abschließend sei gesagt, daß wir aus tiefster Überzeugung auf dem Boden der demokratischen Republik unsere Ziele verwirklichen wollen. Die Demokratie selbst ist nicht unser Ziel, sondern nur Weg. Außerdemokratische Mittel anzuwenden kann uns nur der Gegner veranlassen. Werden wir gezwungen eine auf Gewalt gestützte Diktatur zu errichten, so folgen wir diesem Zwange, weil uns die Befreiung der arbeitenden Klasse alles ist. Eine Diktatur des Gegners bedeutet verschärfte Knechtschaft und Ausbeutung. Aber es liegt ein großer Unterschied zwischen dieser proletarischen Diktatur und den bisherigen Gewalt Herrschaften. (Die russische proletarische Diktatur inbegriffen). Während da eine kleine Schicht herrscht, wird die unter dem Zwange geborene Diktatur von einer ganzen Klasse und damit von der überwiegenden Mehrheit des Volkes gestützt. Jede bisherige Gewalt Herrschaft ist selbst das Opfer der Gewalt geworden, denn sie mußte durch immer schärfere Gewaltanwendung ihre eigene Schwäche verdecken. Für eine durch die Majorität beherrschte Gewalt besteht diese Gefahr nicht, zudem die Gewalt nur so lange erforderlich ist, bis die kleine Schicht der Aufwiegler kampfunfähig gemacht ist.

Die Zukunft unserer Bewegung bedarf mehr Klarheit in der Stellung zum Staate. Schon die

notwendige Einigkeit muß uns wertvoll genug sein, um dieses Problem in Ordnung zu bringen. Sicherlich wären große Teile des durch die Ereignisse der letzten Jahre indifferent gewordenen Proletariats wieder für die Bewegung zu gewinnen, wenn uns, wie der österreichischen Arbeiterschaft, durch das Linzer Programm, eine zufriedenstellende Lösung des Staatsproblems gegeben wäre. Die verwirrte Einstellung zum Staat und zur Eroberung der politischen Macht war die Voraussetzung zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Eine klare, einheitliche Stellung gibt die Grundlage zur Wiedervereinigung!

(Lesenswert ist die Schrift vom Genossen O. Jenßen: Der Kampf um die Staatsmacht. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. Preis 1,60 Mk.)

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses.

In den letzten Jahren erweckte es häufig den Anschein, als ob über Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung durchaus keine Einigkeit herrschte. Man sprach dann auch nicht mit Unrecht von einer „Krise der Gewerkschaften“. Nachdem im Jahre 1925 die englische Regierung zu einer staatlichen Beihilfe für den Bergbau gezwungen worden war, sprach man von einem Sieg der „revolutionären Methode“, die sich im Gegensatz zu den „revolutionistischen Methoden des Kontinents“ durchgesetzt habe. Generalstreik, Bergarbeiterstreik und Antigerichtsgesetz verursachten wiederum geistige Untätigkeiten, die lähmend auf der ganzen Bewegung lasteten. Dann kam der Internationale Gewerkschaftskongreß mit seiner durch die englische Delegation hervorgerufene „Krisenerscheinung“, die vom Gewerkschaftskongreß eine Klärung nach der einen oder anderen Seite hin verlangte. Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die zwischen England und dem Festlande bezüglich der Stellung zu den sowjetrussischen Gewerkschaften bestanden, verdunkelten noch obendrein die Richtung der britischen Gewerkschaftsbewegung. Das Schlimmste aber war, daß diese Unstetigkeit und Unklarheit in den Kreisen der Mitglieder Zweifel erzeugten, die wiederum ihren qualenden Eindruck nicht verfehlten. So blickte man mit einem gewissen Bangen auf diesem Kongreß von Edinburgh und fragte sich, ob hier die Fähigkeit zu einer erlösenden Tat vorhanden sei. Die Tagesordnung des Kongresses schien in dieser Richtung wenig Hoffnung zu geben und so markierte man von einem uninteressanten Kongreß, wo man neuerlich versuchen werde, Vogelstraßpolitik zu treiben. Es kam aber anders. Das trat schon sofort bei der Eröffnungsrede des Präsidenten, George Hicks, in die Erscheinung. In ausgezeichneter Weise verstand es der Präsident, der gesamten Bewegung einen neuen Ausblick zu geben. Hicks, der bis jetzt stets für ein führendes Glied der „radikalen Richtung“ galt, verstand es, wie kein anderer vor ihm, den praktischen Kern der wahren Gewerkschaftsaufgaben herauszuschälen. Er wehrte sich gegen das unsinnige Gerede derer, die glaubten herausgefunden zu haben, die gewerkschaftliche Aktion sei am Ende ihrer Laufbahn. „Die Gewerkschaftsbewegung steht noch lange nicht am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeit“, so sagte er, „im Gegenteil, wir befinden uns erst am Beginn einer neuen Periode. Mehr und mehr drängen die Arbeiter nach dem Mitbestimmungsrecht im Betrieb. Hier müssen die Gewerkschaften als führende Organe eingreifen. Ausbildung und das Kennenlernen der inneren Betriebsgeheimnisse ist die Vorbedingung zur Erringung der wirtschaftlichen Freiheit. So lange die Arbeiter nicht fähig sind, selbständig die Industrie zu leiten, können sie auch keinen kontrollierenden Einfluß ausüben“. Großes Aufsehen erregte aber der Teil der Rede, der sich mit dem Schlichtungsgedanken in wirtschaftlichem Kampfe befaßte. Er sagte:

„Wir alle — sowohl die Arbeiter, wie die Unternehmer — wissen, die schwierigste Periode, in der wir uns befinden, ist eine vorübergehende. In dieser Lage kann der Apparat des Schlichtungswesens viel besser ausgebaut werden, als es jetzt der Fall ist. Auch direkte Besprechungen zwischen Vertretern der Arbeiter und Unternehmer dürfen nicht ins Hintertreffen kommen. Mehr wie zweifelhaft ist es, ob für die Ausdehnung und Verfeinerung des Schlichtungswesens alles getan wurde, was getan werden konnte. Es gibt viele Probleme, die auf dem Wege der Verhandlung geklärt werden könnten.“

Redner sprach sich zwar gegen einen von der Regierung vorgeschlagenen Plan zur Einberufung einer Art „Friedenskonferenz“ aus, hielt es aber für sehr zweckmäßig, wenn sich die führenden Kreise der Arbeiter und Unternehmer zusammensetzen würden zur Besprechung der Möglichkeiten eines Wirtschaftsfriedens auf der Basis zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiter. Allgemein ist die Meinung vorherrschend, es handle sich hier um eine Aufforderung an die leitenden Kreise der Unternehmer und man darf gespannt sein, welche Auswirkungen sich hier ergeben werden.

Zur Frage des von der Regierung vorgeschlagenen Wirtschaftsfriedens wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Auf die verschiedenen vom Premierminister an die Führer der Arbeiter gerichteten Aufforderungen, sich für einen Wirtschaftsfrieden zu verwenden, erklärt der Kongreß, daß niemand diesen Frieden mehr will, als gerade die organisierte Arbeiterschaft. Der Kongreß hat aber die Aufgabe, dem Premierminister mitzuteilen, das Haupthindernis zur Erreichung des Wirtschaftsfriedens liegt in der Wirtschaftspolitik, die die Regierung betreibt. In dieser Hinsicht braucht nur an die Angriffe gegen den Lebensstandard der Arbeiter erinnert zu werden, ferner an das Recht auf Klassenrechte, wie es sich im neuen Gewerkschaftsrecht offenbart. Durch die Außerkräftsetzung dieses Gesetzes würde die Regierung beweisen, daß es ihr mit dem Appell für einen Wirtschaftsfrieden ernst ist. Im Falle die Regierung diesen Schritt nicht unternehmen will, fordert der Kongreß dieselbe auf, das Parlament aufzulösen und Wahlen auszuschreiben, um so der Wählerschaft Gelegenheit zu geben, ihre Meinung über die Regierungspolitik auszusprechen.“

Eine interessante Aussprache entspann sich über das so heiß umstrittene Thema, betreffs Schaffung von Industrieverbänden. Der Generalrat hat in seinem Bericht neuerlich der Meinung Ausdruck verliehen, „es sei weder möglich noch praktisch, einen allgemeinen Plan zur Reorganisation der gesamten (englischen) Gewerkschaftsbewegung auszuarbeiten. Fortschritte auf dem Gebiete der Organisationsvereinheitlichung können nur schrittweise erzielt werden. Jeder Versuch der gewaltsamen Aufsaugung einzelner Berufsorganisationen in große Einheitsverbände, die vom Generalrat unternommen würde, müsse scheitern“. A. J. Cook, von den Bergarbeitern bedauerte, daß es nicht möglich sein sollte, die Anzahl (11001) der Organisationen zu verringern. Ein Antrag, der auf Verwerfung der Ansicht des Generalrats hinzielte, wurde mit 2 062 000 gegen 1 809 000 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal ereilte den Antrag der Mitglieder der „Minoritätsbewegung“, wobei diese eine scharfe Ablehnung durch den Kongreß erlebten. Überhaupt wurde diese gewerkschaftszerstörende Richtung auf allen Gebieten in die Riefen getrieben. Der Bergarbeiterführer H. Smith, rief diese Leuten zu: „Ihr seid gezwungen, von bestimmten Leuten Parolen entgegenzunehmen. Ihr legt mehr Gewicht auf die Bekämpfung und Besudelung der eigenen Bewegung, als auf die Bekämpfung des Kapitalismus.“

Bei der Frage über die Beziehungen des Generalrats zu den russischen Gewerkschaften kam es zu einer prinzipiellen Aussprache, die klärend wirkte, trotz aller Anstrengung und übermäßiger Geduld, die der englische Generalrat zur Herbeiführung der so notwendigen Vereinigung des gesamten internationalen Proletariats an den Tag legte, wurden seine Mitglieder von den Russen unangenehm als Verräter und Lakaien des Kapitals, als Renegaten, Quertreiber usw. hingestellt, in seinem Bericht befaßt sich der Generalrat ausführlich mit den vom anglo-russischen Einheitskomitee. Die furchtbaren Rippenstöße und Beleidigungen, die sich der englische Generalrat von der russischen Gewerkschaftsleitung hat gefallen lassen müssen, wird im Bericht offengelegt und am Schluß fordert der Rat in einem Antrage auf, „die weiteren Beziehungen zum anglo-russischen Einheitskomitee abzubrechen, da die Einheitsbestrebungen bei der jetzigen Einstellung der Russen sich als fruchtlos erwiesen haben und es zwecklos sei, die Bemühungen in dieser Hinsicht fortzusetzen.“ Der Antrag wurde mit 2 710 000 gegen 620 000 Stimmen angenommen. Dieser Beschluß des Kongresses bedeutet eine gewaltige Schlappe für die russischen Diatrieher, die tatsächlich in dem Wahne lebten, sie könnten mit den Mitteln des durchsichtigen „Einheitskomitees“ in den englischen Gewerkschaften eine Spaltung erzeugen und darüber hinaus den IGB auseinander reißen. Das Spiel der Russen steht nun vor der gesamten Arbeiterklasse der Welt diskreditiert da. Es ist aus mit dem Spuk der „Einheitskomitees“. Der mit diesem anglo-russischen Einheitskomitee getriebene blutige Unsinn bewirkt, daß die Russen zur Zeit noch nicht reif für die Einheitsfront sind. Das mag, vom Standpunkt eines geeinigten Weltproletariats aus betrachtet, bedauerlich sein, aber es ist so.

Bekanntlich hinterließ der Internationale Gewerkschaftskongreß den unangenehmen Eindruck, als beständen zwischen den englischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften des Festlandes tiefegehende Meinungsverschiedenheiten. Es kam schließlich die unsinnige Behauptung zustande, auf dem Festlande sei eine „antibritische Stimmung“ wahrnehmbar. In Wirklichkeit sind unsere englischen Freunde durch ihre einseitige Einstellung für die aufgetauchten Mißverständnisse verantwortlich. Der Kongreß war natürlich gar nicht in der Lage, hier vollständige Klärung zu schaffen. Recht unklar war es auch, eine solche Zutspitzung der Dinge zu erzeugen, wie es tatsächlich geschah. Wie erinnerlich, sollte dieser Kongreß über die in Paris offengelassenen Streitfragen ent-

scheiden. Das war ganz unmöglich. Der Kongreß faßte den einzig richtigen Beschluß, dem Generalrat die gesamte Angelegenheit der Beziehungen zur Internationale der Gewerkschaften zu überlassen. Damit erhält der Generalrat völlig freie Hand und die Entscheidung sollte nach dem Abbruch mit Rußland nicht schwer fallen. Ist doch durch diesen Bruch die ganze Situation eine andere geworden. Der Kongreß hat wirklich ganze Arbeit gemacht. So lehnte er den Antrag auf Einberufung eines „Weltkongresses“, zu dem die Russen „bedingungslos“ zugelassen werden sollten, mit großer Mehrheit ab. Abgelehnt wurde auch ein Antrag, der dem IGB. einen Tadel wegen seiner Weigerung auf Einberufung eines „Weltkongresses“ aussprechen wollte. Der Weg für unsere englischen Freunde ist nun frei, und wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiten zur Kräftigung des IGB. baldigst wieder aufgenommen werden können.

Die Stellung des Kongresses zum Ant.gewerkschaftsgesetz wurde klar umrissen. Der Kampf gegen das Gesetz geht ungehindert weiter, wenn auch die Verbände gezwungen sind, sich der neuen Lage anzupassen. Am drückendsten wirkt sich das Gesetz schon jetzt auf die Gewerkschaften der staatlichen Beamten und Angestellten aus, die von nun an ihre Beziehungen zum Kongreß lösen müssen. Eine Entschliebung, die sich gegen diese Art Degradierung zur Wehr setzt, wurde einstimmig angenommen. Die größte Schwierigkeit besteht darin, daß einige Gewerkschaften Mitglieder haben, die dem Kongreß nicht angeschlossen sein dürfen, andere aber wieder können das. Das gilt beispielsweise für die Organisation der Kesselschmiede, deren Mitglieder teilweise in den königlichen Werften arbeiten. Hill von den Kesselschmiedem glaubte aber, man werde einen Ausweg finden. Jedoch muß die weitere Entwicklung der Dinge abgewartet werden. Alles in allem war der Kongreß in jeder Hinsicht zufriedenstellend, er leistete vorzügliche Aufbauarbeit, sowohl in nationaler wie in internationaler Hinsicht. Er hat die englische Gewerkschaftsbewegung neu belebt und den Weg geebnet für die Inangriffnahme von Methoden, die in Deutschland längst Gemeingut der Bewegung geworden sind.

B. Weingartz.

Sozialpolitische Hemmungen der Wirtschaft.

Mit dem fortschreitenden Ausbau der deutschen Sozialpolitik ist diese in steigendem Maße Gegenstand von Angriffen der Unternehmer geworden, die sich bei jeder Gelegenheit wiederholen. Neben den angeblich für die Wirtschaft untrüglichen Lasten werden auch die Leistungen der sozialen Versicherung in ihrer Wirkung auf die Arbeiter als Hemmungen des wirtschaftlichen Fortschrittes bezeichnet und ihr Abbau gefordert. In besonders schroffer Weise hat vor kurzem der Großindustrielle Borsig diese Auffassung in der „Deutschen Gesellschaft“ zum Ausdruck gebracht, indem er der Sozialversicherung zum Vorwurf machte, daß sie die Arbeiter zur Bequemlichkeit erziehe, ihren Spartrieb lähme sowie für ihre Lebensauffassung und Denkart höchst schädlich sei.

Derartige Vorwürfe sind schon früher und zwar zu einer Zeit erhoben worden, als die deutsche Sozialpolitik wesentlich rückständiger war und die durch sie herbeigeführten Lasten noch nicht die gegenwärtige Höhe erreicht hatten. Trotzdem wurden diese Lasten auch damals als untragbar bezeichnet. Ihre, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigenden Wirkungen konnten von den Unternehmern nicht schwarz genug gemalt werden. Das geschieht auch jetzt, obwohl gegenüber der damaligen Zeit ein wesentlicher Unterschied besteht, indem die fremden Industriestaaten mit wenigen Ausnahmen die gleichen sozialen Einrichtungen durchgeführt haben und sich so nicht mehr in einer die deutsche Industrie benachteiligenden Vorzugsstellung befinden.

Es liegt System in diesen fortgesetzten Angriffen. Dabei ist es nicht so sehr die Höhe und die angebliche Untragbarkeit der sozialen Lasten, als die grundsätzliche Feindschaft des Unternehmertums gegen jede Sozialpolitik, die sie dazu antreibt, immer von neuem den Sturm dagegen zu eröffnen. Das wollen die Unternehmer nicht zugeben, und sie versäumen keine Gelegenheit, zum Beweise des Gegenteiles auf ihre durchwegs sozialfreundliche Einstellung hinzuweisen. In Wirklichkeit ist das aber nur feige Heuchelei, womit sie die Öffentlichkeit über ihre wahren Absichten täuschen wollen. Die Sozialpolitik einschließlich der Sozialversicherung ist den Unternehmern ein Dorn im Auge, weil sie dadurch in ihrer ungehinderten Ausbeutung der Arbeiter beschränkt werden. Die Arbeiter finden neben ihrer gewerkschaftlichen Organisation in den sozialpolitischen Einrichtungen einen Rückhalt, der sie in den Stand setzt, den Ausbeutungsbestrebungen der Unternehmer Widerstand entgegen zu setzen, zu dem sie im anderen Falle nicht in gleicher Weise fähig wären.

Daß vorwiegend hierin die feindliche Haltung der Unternehmer gegen die Sozialpolitik begrün-

det ist, läßt sich leicht nachweisen. An die von ihnen behaupteten sozialpolitischen Hemmungen der Wirtschaft glaubt die Mehrzahl der Unternehmer selbst nicht. Daß sie die sozialen Lasten als unangenehm empfinden, braucht nicht bestritten zu werden. Sie sehen es auch nicht gern, daß sie den Arbeitern Lohn zahlen müssen, und wenn sie sich dieser Verpflichtung entledigen könnten, würden sie es ohne weiteres tun. Das geht aber nicht, genau so wenig wie bei den sozialen Beiträgen. Es bleibt ihnen deshalb nichts anderes übrig, als Lohn und soziale Beiträge in die Produktionskosten einzurechnen und in die Preise ihrer Erzeugnisse einzukalkulieren. Das verstehen die Unternehmer sehr gut und wissen dabei auf ihre Rechnung zu kommen. Für die Wirtschaft entsteht daraus nur insofern eine Schädigung, als die Preise zu hoch festgesetzt werden und so die allgemeine Kaufkraft eine Schwächung erleidet. Das geschieht aber nicht wegen der zu hohen sozialen Belastung, sondern weil vor allem die großindustriellen Unternehmer ihre Gewinnquote nicht hoch genug hinaufschrauben können. Daß die deutsche Wirtschaft die soziale Belastung zu ertragen vermag, beweist ihre Entwicklung in den letzten Jahren. Sie kam nicht nur über die Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise hinweg, sondern befindet sich in einem erfreulichen Aufschwung.

Ähnlich sieht es mit den von Unternehmern behaupteten weiteren sozialpolitischen Hemmungen: der zunehmenden Bequemlichkeit der Arbeiter, der Abnahme ihres Spartriebs sowie der ungünstigen Beeinflussung ihrer Lebensauffassung und Denkart aus. Nach welcher Richtung bietet denn heute die industrielle Beschäftigung dem Arbeiter Gelegenheit, sich der Bequemlichkeit hinzugeben? Alle Sozialpolitiker und objektiven Wirtschaftler sind sich darin einig, daß die technische Entwicklung die Intensität der Arbeit ganz gewaltig gesteigert und dementsprechend ihre Produktivität zugenommen hat. Der Spartrieb der Arbeiter soll abgenommen haben? Wäre es der Fall, so hätten nach den Erfahrungen der Inflation die Unternehmer am allerwenigsten Ursache, den Arbeitern daraus einen Vorwurf zu machen. Es ist aber gar nicht so! Die Arbeiter sparen, wo ihnen dazu die Möglichkeit zur Verfügung steht. Sie müssen sogar sparen, weil sie dazu durch die unzulänglichen sozialen Leistungen gezwungen werden, die bei Eintritt von Erwerbslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreichen. Sie sparen freilich nur insoweit, als es ihre Löhne sowie die Preise des erforderlichen Lebensbedarfs möglich machen. Und in dieser Hinsicht sorgen die Unternehmer dafür, daß sich die Sparhäfen der Arbeiter nicht zu stark füllen. Auch die Lebensauffassung und Denkart der Arbeiter soll eine andere geworden sein. Das ist richtig, aber auch notwendig! Die Arbeiter haben zum großen Teil, geschult durch ihre gewerkschaftliche Organisation die frühere Knechtseligkeit abgeschüttelt. Ihr Selbstbewußtsein hat sich gehoben, sie fügen sich nicht mehr der Willkür der Unternehmer, sondern fordern neben der politischen auch ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung. Diese veränderte Lebensauffassung und Denkart ist aber nicht als sozialpolitische Hemmung, sondern als Impuls zum weiteren wirtschaftlichen Fortschritt zu betrachten, so unangenehm das auch den Unternehmern sein mag.

Dennoch sind mit der Entwicklung der Sozialpolitik gewisse Hemmungen für die Wirtschaft entstanden. Nur finden sich diese nicht auf Seiten der Arbeiter, sondern bei den Unternehmern. Ein bezeichnendes Beispiel bietet hierfür die Unfallversicherung, die sich bekanntlich völlig in den Händen der Unternehmer befindet. Damit wären sie in der Lage, diesen Versicherungsweig sowie den damit verbundenen Arbeiterschutz mustergültig auszugestalten, zugleich aber durch entsprechende Unfallverhütungsmaßnahmen die Soziallasten ganz wesentlich herabzusetzen. Wie sieht es aber damit aus? Seit Bestehen der Unfallversicherung ist Jahr für Jahr eine fortgesetzte Zunahme der Betriebsunfälle festzustellen. Hierfür nur einige Zahlen! Im Jahre 1924 wurden rund 646 000 Unfälle gemeldet; 1925 waren es 863 000 und 1926 wurde die bis dahin unerhörte Ziffer von 1 Million Unfällen erreicht. Diesem erschreckenden Anwachsen der Unfallziffer gegenüber gibt es keine Bemängelung mehr mit der Behauptung, daß hierin nur die früher nicht übliche Anmeldung auch der kleinsten Unfälle schuld sei. Diese Aussage hat das Unternehmertum von jeher gebraucht; sie ist verlogener!

Die gewaltige Zunahme der Unfälle ist im wesentlichen eine Folge der Rationalisierung der Industrie mit ihren steigenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sowie dem Bestreben der Unternehmer, ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit aus den Arbeitern höhere Gewinne herauszupressen. Es fällt ihnen daher größte Verletzung der Pflichten zur Last, die Gewerbeordnung und Unfallverhütungsvorschriften den Unternehmern auferlegen. Das kommt auch in dem Runderlaß des Reichsversicherungsamts vom 17. Juni d. J. an die Berufsgenossenschaften zum Ausdruck, worin darauf hingewiesen wird, daß

die Unfallverhütungsvorschriften noch lange nicht die genügende Beachtung finden. Derartige Ermisse sind schon wiederholt herausgegeben worden. Eine Besserung haben sie aber nicht gebracht.

Das Unternehmertum setzt sich darüber hinweg, weil die aus den Unfällen entstehenden Lasten nicht den einzelnen Unternehmer nach seinem Verschulden treffen, sondern umgelegt werden. So nehmen die Unternehmer die Häufung der Unfälle gleichgültig als etwas Gegebenes hin und sündigt jeder auf Rechnung des anderen. Daran ändert auch nichts, daß in Fällen besonders schwerer Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften der betreffende Unternehmer zur Tragung des Schadens herangezogen werden kann, da es nur in ganz seltenen Fällen geschieht. Hier liegt ein schwerer Mangel der Unfallversicherung vor, der nur dadurch zu beheben ist, daß den Arbeitern die bisher vergeblich geforderte gleichberechtigte Mitwirkung bei der Unfallversicherung eingeräumt, die Aufsicht über die Betriebe verschärft sowie die Entschädigungspflicht der Unternehmer bei Unfällen erweitert wird. Das, was für die Unfallversicherung gilt, trifft für die gesamte Sozialpolitik zu. Ein bekannter sozialpolitischer Grundsatz spricht aus, daß es leichter ist, Schaden zu verhüten als Schaden zu heilen. Würden die Unternehmer diesem Grundsatz entsprechend handeln, so kämen die Klagen über die hohen sozialpolitischen Lasten bald zum Verstummen. Zugleich würden aber auch die für die Wirtschaft vorteilhaften Wirkungen der Sozialpolitik in noch viel stärkerem Maße hervortreten, als es jetzt der Fall sein kann. Einer solchen Einsicht ist jedoch das Unternehmertum nicht fähig, weshalb ihm die Erfüllung seiner sozialpolitischen Pflichten aufgezwungen werden muß.

Das Alte stürzt . . . nannte es Schiller — Stillelegung nennt man's heute!

Die Firma Wiedemannsche Druckerei A.-G., das älteste und größte Etablissement in Saalfeld a. d. S., ist gezwungen, ihre Abteilungen Buchdruck, Stein- und Offsetdruck und Lichtdruck stillzulegen.

Ein paar Tage geführte Verhandlungen mit Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, des Betriebsrats und der Gewerkschaften, sind resultatlos verlaufen.

Es dürfte bei dieser Gelegenheit ein kurzer Rückblick am Platze sein, nach dem alten Sprichwort: „Wie mans treibt, so gehts!“ — auch in Betrieben.

Als Buchdruckerei ist diese Firma die überhaupt erste und älteste am Platze und war sogar jahrzehntelang „Hofbuchdruckerei“, was in den früheren thüringischen Raubstaaten allerdings nicht allzuviel bedeutete, da es viele Hofbäcker, Hofmetzger, Hofstättler u. a. m., wie Sand am Meere gab.

Als Buchdruckerei kommt sie in unserer „Gr. Pr.“ ja weiter nicht in Frage, und wird das Nähere schon in unserem Bruderorgan erscheinen.

Als Steindruckerei war es die zweitälteste am Platze, und sind es dieses Jahr 1927 gerade fünfzig Jahre (also auch eine Art Jubiläum), daß die von der Firma Wiedemann übernommene „Kunstanstalt“ — pardon „Buch-, Stein- und Lichtdruckerei“ von Schlick & Schmidt im Jahre 1877 gegründet wurde, nachdem Otto Schlick schon einige Zeit allein das Geschäft hatte.

Diese Firma war ja, durch den ewigen Wechsel in der Gehilfenschaft und die Lehrlingszucht, „en gros“ so bekannt, daß sie die weitesten Kollegenkreise auch jetzt noch interessieren dürfte; denn viele werden noch leben, die ein kurzes „Gastspiel“ in Saalfeld a. d. S. gaben.

Otto Schlick und Hermann Schmidt waren erst die alleinigen Inhaber, und waren beide gelehrte Lithographen. Dann kamen aber die Brüder Schmidts: Gustav und Eduard Schmidt nacheinander hinzu, und diese waren keine Fachleute, sondern Kaufleute, die vorher noch niemals einen graphischen Betrieb gesehen hatten.

Es standen sich nun drei „Schmidts“ dem einen Schlick gegenüber, und dieser hatte wahrlich nichts zu lachen, wenn er daheim war und nicht bei seiner Thüringer-Waldkundschaft, welche ihm seine liebste war. Aber auch dem „Bruder“ Hermann ging es nicht gut, und er klagte mir oft sein Leid.

Vor etwas mehr als 40 Jahren führte diese Firma auch den Lichtdruck ein, nachdem sie sich vorher schon Buchdruckerei zugelegt hatte. Ein alter Gußkratzer aus einer Eisengießerei, druckte von einer Glasplatte, auf einer alten Steindruck-Handpresse: Lichtdruck, als ich vor vierzig Jahren zu S— und S— in S— an S— (nachdem ich zehn Lehr- und Wanderjahre draußen in der Kunst- und Weltgeschichte hinter mir hatte) gekommen bin.

Das machte auf mich einen „großartigen“, nie vergeßlichen Eindruck!

Anfangs der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden Versuche — nach französischen Mustern — mit keramischen Abziehbildern gemacht und sie gelangen.

Nun kam, da die Spielkartendruckerei ein totaler Mißerfolg war, ein sogenannter „warmer Regen“ über die 1880 vor dem Niedern Tor gebaute Bude, d. h. sie ging 1893 in Flammen auf, da der Wind günstig war.

Der erstardene Neubau war wohl alles andere als ein Musterbau; kann ich mich doch noch entsinnen, daß darin einmal die „Rattenpest“ ausgebrochen war, und ein „Kammerjäger“ die Ratten vertilgen mußte; aber etwas besser als die alte Bude war er doch noch.

Besonders war Raum für die keramische Abteilung geworden, und wenn mit Sinn und Verstand, seitens der Kaufleute, gearbeitet worden wäre, bessere Löhne bezahlt und nicht fast ausschließlich mit Lehrlingen gearbeitet, hätte diese Firma die größte keramische Druckerei Deutschlands werden können, denn sie war die erste.

Hermann Schmidt starb 1906, Otto Schüick 1909, und als die zwei einigermäßen noch Fachleute (wenn beide auch Merkanfillithographen, aber immer noch Lithographen) gestorben waren, ging es, unter der „rein“ kaufmännischen Leitung bergab.

Um sich vor der Katastrophe, der unausbleiblichen zu retten, verkauften sie — nach stattgefundenen Erbaueinandersetzungen — das „Geschäft“, d. h. die Fabrik, an die Wiedemannsche Hofbuchdruckerei am 1. April 1910. Das war ein richtiger „Aprilscherz“ seitens der alten Firma Wiedemannsche Hofbuchdruckerei — die ja zwar auch, wie Thüringer Zeitungen damals meldeten, viele Schmutzkonkurrenz getrieben haben sollen — denn der unausbleibliche Konkurs trat 1913 doch ein.

Aus der Wiedemannschen Hofbuchdruckerei wurde dann ein Aktienunternehmen: Wiedemannsche Druckerei A.-G. Direktoren kamen und gingen, bis jetzt auch hier die Katastrophe kam.

Eine Ironie des Schicksals ist es, daß einzig und allein die keramische Abteilung, welche früher das „Schmerzkind“ — durch schlechte Löhne, schlechte Farben, schlechtes Papier, das nicht abzug u. a. — war, noch im Betriebe bleibt. Wie lange noch?

Was aus den alten Arbeitern wird, die teils vierzig Jahre im Betriebe waren, danach fragt das Kapital nichts. Möge den graphischen Arbeitern auch diese Katastrophe wieder eine Warnung sein!
J. Meier-Durst.

Ortsberichte.

Bielefeld. Zahlreich waren die Mitglieder der Mitgliederschaft Bielefeld zu dem 9. d. M. stattgefundenen Versammlung erschienen; galt es doch, einen alten, verdienten Kollegen, den Senior der Mitgliederschaft, Steindruckern Bernhard Köchling, zu seinem 65. Geburtstag zu ehren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung geschah dieses durch den Vorsitzenden in längerer Rede, wobei selbiger darauf verwies, daß unser Bernhard gleichzeitig 44 Jahre organisiert ist. Von 1876 bis 1880 in Lippstadt in der Lehre, ging er 1884 in die Fremde und ist seit dieser Zeit im Senefelder-Bund und später im Verband der Lithographen und Steindruckern organisiert. In all diesen Jahren hat er stets und gern seine Person und Kraft in den Dienst der Kollegen gestellt und weiß er als gerader, aufrechter Charakter viel von Kämpfen, schwarzer Liste usw. zu erzählen.

Als äußeren Ausdruck dieser Ehrung wurde ihm von der Mitgliederschaft ein Geschenk überreicht und gab es nach Erledigung der Tagesordnung noch eine fröhliche Stunde im gemütlichen Beisammensein.

Braunschweig. Die am Montag, dem 12. September im „Germanen“ tagende Spartenversammlung der Chemigraphen beschäftigte sich mit dem Verbandsvorstand angeforderten Tarifänderungsanträgen. Die vom Verbandsvorstand gegebenen Anregungen wurden zustimmend beurteilt und aus den Reihen der Kollegen ergänzend weitere Anträge gestellt. Besondere Kritik erfuhren die Paragraphen über die Ferien, dem Mindestlohn, die Lehrlingshaltung und das Schiedsgericht. Der Punkt Schiedsgericht löste eine recht scharfe Debatte aus, da die in letzten Jahren gefällten, recht eigenartigen Entscheidungen des Tarifamtes

und der Tarifschiedsgerichte sowie die fast regelmäßig unendlich lang hinausgezogenen Termine der Verhandlungen auf keinen Fall dem Sinne des Tarifs entsprechen und eine böse Verärgerung unter den Kollegen hervorrufen. Sollten bei den Tarifverhandlungen keine nennenswerten Verbesserungen, daß die Schiedsinstanzen in Zukunft nicht innerhalb 8 Tage zur Verhandlung kommen können, herauskommen, fordern die Kollegen die Ablehnung der Schiedsgerichte und Zuständigkeit der ordentlichen Arbeitsgerichte. Die anwesenden Kollegen faßten einstimmig folgende Entscheidung:

„Die Kollegenschaft der Mitgliederschaft Braunschweig bedauert den viel zu kurzen Termin, der zur Beratung der Abänderungsanträge zum neuen Tarif gesetzt ist. Sie sind der Ansicht, daß in solch kurzer Zeit eine eingehende Stellungnahme unmöglich ist und die wahre Stimmung eines großen Teils der deutschen Kollegenschaft dadurch unterdrückt wird, was zur Gesundung eines weiteren Tarifverhältnisses nicht beitragen wird. Es wird erwartet, daß die vom Verbandsvorstand verfaßten Anträge sowie die von der hiesigen Mitgliederschaft gestellten Zusätze und weiteren Abänderungsanträge mit allem Nachdruck vertreten und aufrechterhalten werden. Im Falle einer Ablehnung seitens der Unternehmer erwartet die Braunschweiger Kollegenschaft — gestützt auf die zur Zeit überaus günstige Geschäftslage im Gewerbe — Abbruch der Verhandlungen und Kündigung des alten Tarifverhältnisses am 1. Dezember 1921, um somit den Weg frei zu machen zur Abschließung eines neuen Tarifs auf Grund gegenwärtiger Machtverhältnisse.“

Feuilleton.

Reiseeindrücke in England.

II.

Betrachten wir uns die englischen Gewerkschaften, so finden wir ganz andere Verhältnisse vor als in Deutschland. Verschieden in der geistigen Einstellung der einzelnen Mitglieder als auch in dem Aufbau der gesamten Organisation. Bis zu Kriegsausbruch war der englische Gewerkschafter viel wirtschaftsfriedlicher eingestellt als der deutsche. Es zeigt sich aber jetzt eine Änderung. Auch in England ist das Unternehmertum bestrebt, die Lasten, die das Land durch den Krieg zu tragen hat, auf die Arbeiter abzuwälzen. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf den Arbeiter. So macht die englische Arbeiterschaft eine langsame Umstellung durch. Sie entwickelt sich immer weiter nach links. Die marxistische Richtung, die bis vor kurzem noch in der Minderheit war, gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Die Mitgliederzahlen nahmen nach dem Krieg, genau wie in Deutschland, auch in England beträchtlich zu. Diese Zahlen konnten jedoch auch dort nicht gehalten werden. Unter den Folgen des Friedensvertrages hat auch die englische Wirtschaft zu leiden. Die große Arbeitslosigkeit verminderte auch die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften. England hat heute noch, bei 48 Millionen Einwohnern, 1 Million Arbeitslose. Es wird auch, genau wie Deutschland, ein bleibendes Arbeitslosenheer behalten. Prozentual ist der englische Arbeiter in den einzelnen Berufen so ähnlich organisiert als der deutsche. Weniger vorteilhaft ist mir die fehlende straffe zentrale Zusammenfassung der Gewerkschaften. Das erschwert doch eine planvolle Zusammenarbeit aller Gewerkschaften bei bestimmten Aktionen. Bestehen doch für manchen Beruf verschiedene Organisationen, die sich gegenseitig die Mitglieder abspenstig machen wollen. Auch innerhalb der einzelnen Organisation ist ein loserer Zusammenhalt. Eine führende Organisation, z. B. die Maschinenaufbau, beschlossen auf ihrer Generalversammlung die Hilfsarbeiter aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde also von der höchsten Verbandsinstanz gefaßt. Er wurde aber von den einzelnen Zweigvereinen sabotiert und kam nie zur Ausführung. Eine neue Generalversammlung mußte

diesen Beschluß wieder aufheben. Dieser Fall lehrt uns, daß die einzelnen Bezirke und Zweigvereine sehr selbständig sind. Tatsächlich wird auch ihr Handeln viel weniger von der Zentrale beeinflusst, als bei uns. Das zeigt sich auch darin, daß die einzelnen Bezirke vielfach selbstständig Tarifabkommen treffen. Grundsätzlich anders also als hier.

Das Individuum erfährt eine andere Wertschätzung als bei uns. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich diese Stellungnahme in der Zukunft gestalten wird. Individualismus und Kollektivismus werden sich nicht besonders gut vertragen. Betrachten wir einen Moment das Wirtschaftsleben. Ein auf die Spitze getriebener Individualismus. Keiner will mit dem anderen etwas zu tun haben. Aber jeder ist doch vom anderen abhängig. Fällt ein Stein heraus, so kommt das ganze Gebäude ins Wanken. Den Beweis liefert uns der Bergbau. Die Kohlenkrise in England beeinträchtigt das gesamte Wirtschaftsleben und vernichtet manche Existenz. Auch der englische Gewerkschafter dürfte erkennen müssen, daß nur eine einheitliche Leitung innerhalb einer Organisation in stande sein wird, das Verbandschiff durch alle Klippen hindurch sicher zu steuern.

Was die englische Gewerkschaftsbewegung besonders auszeichnet, ist das Bildungsstreben in ihren Reihen. Gleich wie in Deutschland und anderen Ländern bestehen Schulen, wo der Gewerkschafter unterrichtet wird. Wir führen mit dem Auto auf der neuen Autostraße nach Oxford. Vier Stunden Fahrt durch die englische Landschaft. In Oxford konnten wir die Arbeiterschulen besichtigen. Für die freien Gewerkschaften besteht die „Ruskin College“ und für die christlichen Gewerkschaften die „Catholic Social Guild“. Schulen, wie wir sie in Düsseldorf, Berlin und Frankfurt haben. Der Staat gewährt für jeden Schüler einen Zuschuß, und auch die Gewerkschaften beteiligen sich an der Finanzierung. In der „Ruskin College“ hat jede Schülerin und jeder Schüler ein eigenes Zimmer, wo sie wohnen, arbeiten und schlafen können. Bibliothek, Hörsaal, Lesesaal, ähnlich wie in Deutschland. Leute sollen herangebildet werden, die mit klarem Blick und sicherem Urteil der Gewerkschaftsbewegung dienen sollen. Neben diesen Schulen bestehen aber in England noch eine ganze Reihe Einrichtungen, die der Fortbildung der Arbeiter dienen sollen.

In London besteht ein Institut, von Arbeitern ins Leben gerufen, welches Abendkurse organisiert. Es wird dadurch den Arbeitern, welche nicht längere Zeit eine Schule besuchen können, die Möglichkeit geboten, in Abendkursen ihr Wissen zu bereichern.

Vom Büchertisch.

Kulturwille. Heft 9. „Statistik und Klassenkampf“. Sondernummer. Verlag Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig C 1, Braustr. 17. Jahresabonnement 2,40 Mk. Einzelheft 25 Pf.

Mit Zahlen umzugehen, hat unsere Zeit ja genügend gelehrt — in der Inflation ist die Ehrfurcht vor ihnen gewichen. Was uns jedoch die Zahl als Kampfmittel — als statistische Darstellung — sagen kann, wird in der neuesten Nummer des Kulturwilles gezeigt und das Interesse an der Zahl wieder geweckt. Die Statistik ist zum unentbehrlichen Hilfsmittel bei der Bildungsarbeit innerhalb der Arbeiterorganisationen geworden und wird auch weiterhin ein Kampfmittel von ganz beachtlicher Schärfe für den sozialistischen Gedanken sein. Das Heft klärt aber nicht nur auf, sondern gibt eine Sammlung von statistischem Material zur Hand, das für jeden — der in der Arbeiterbewegung steht — von größtem Wert ist. Beiträge wie: Otto Neurath: Statistik und Proletariat, W. Woytinski: Das Proletariat und seine Bundesgenossen, F. Bauermeister: Statistik als Werkzeug der Arbeiterbewegung, J. Hannack: Schwarz-Weiß-Propaganda bei den österreichischen Wahlen 1917, M. Reide-meister: Die Kunst der statistischen Darstellung, und viele andere geben dieser Nummer ihr eigenes Gesicht. Die Beilagen „Querschnitt“ und „Arbeiterbildung“ bringen Aufsätze über Kunstfragen (besonders hervorgehoben sei hier Ernst Tollers Vorwort zu seinem Werke „Masse Mensch“) sowie über allgemeine Arbeiterbildungsfragen.

Bekanntmachung.

Der Chemigraph **Adolf Locher**, Buchnr. 60-650, ist auf Antrag der Mitgliederschaft **Stuttgart** gemäß § 6 Absatz 2 aus dem Verbands ausgeschlossen worden.

Der Verbandsvorstand.

Für meine Kopiererei

suche ich einen ersten Fachmann,

am liebsten gelernten Reproduktionsphotographen, der alle modernen Verfahren für Offsetübertragungen nachweislich gründlich beherrscht und der gewöhnt ist, alle Neuerungen mit Interesse zu verfolgen. Meldungen von Herren, die in gleicher Stellung mit Erfolg tätig waren, erbitte schriftlich
F. A. Brockhaus, Leipzig.

Wir suchen zum baldigen Antritt

tüchtige Umdrucker sowie Lithographen

für Entwurf, Schrift und Zeichnung, Federarbeiten und Chromo. Angebote mit Mustern an
Fr. Ewers & Co. A.-G., Bleichenballenfabrik, Lübeck.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G.m.b.H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

Kollege Anton Hergel

Buch Nr. 29244
wird hiermit aufgefordert, seiner Verpflichtung bei der Zahlstelle Heidelberg nachzukommen.
Die Ortsverwaltung.

Fachliteratur!

Der Werdegang der Autotypie.
Preis inkl. Nachnahme 5,10 RM.
Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle
v. G. Schweikhard u. W. v. Falkenstein.
Preis inkl. Nachnahme 1,60 RM.
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig